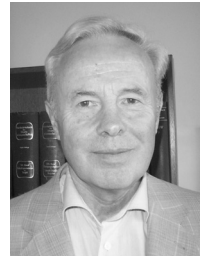


Integration in die Stadtgesellschaft

Bernhard Schäfers



Prof. Dr. Bernhard
Schäfers, Universität
(TH) Karlsruhe

Die Integration der Bürgerinnen und Bürger in die Gesellschaft ist als primäres Ziel der Politik zu verstehen; der Ort der Realisierung dieser Integrationsbemühungen ist die Gemeinde. Seitdem es Städte gibt, stellt die Integration der Fremden, der neu hinzu kommenden Mitbewohner eine besondere Schwierigkeit dar, die je nach Person oder Bevölkerungsgruppe in den verschiedenen Epochen der Stadtgeschichte unterschiedlich behandelt wurde. Anhang soziologischer Integrationstheorien und -begriffe sowie aktueller Problemlagen werden für die heutige Situation Lösungswege diskutiert. Hierbei kommt der Integration türkischer Mitbewohner und dem Integrationsmodus „Soziale Stadt“, mit dem die Politik auf die wachsenden Probleme reagiert, gegenwärtig besondere Bedeutung zu.

Es war schon immer ein Kennzeichen der Stadt, die Koexistenz von Differentem zu ermöglichen, unterschiedliche soziale Gruppen, Dinge und Lebensstile an einem Ort verdichtet zusammen zu führen.

Markus Schroer

1. Die Stadtgesellschaft als Ort der Integration und der Identität

Integration, ein Grundbegriff der Soziologie, ist strukturell und prozessual zu verstehen. *Strukturell* ist ein soziales Gebilde bzw. ein Sozialverband (Familie, Gruppe, Schule, usw.) als integriert zu bezeichnen, wenn seine Mitglieder volle Akzeptanz haben, sich auch zugehörig fühlen und eine Einheit bilden. *Prozessual* ist Integration ein prinzipiell nicht abschließbarer Vorgang, in dem der Sozialverband und alle Mitglieder sich um Akzeptanz und ein Wir-Bewusstsein bemühen müssen, um den Zustand der Integration zu erhalten bzw. zu verbessern.

Die Voraussetzungen der Integration in die Stadtgesellschaft haben sich im Verlauf der letzten 200 Jahre grundlegend gewandelt: Die Stadt als relativ autonomer Herrschaftsverband ist ebenso verschwunden wie die Stadt als *Oikos*, als ökonomisch basiertes Sozialsystem, das seine Produkte und die des agrarischen Umlandes v.a. über örtliche Märkte austauscht und damit ein starkes Geflecht

von Beziehungen und Verbundenheit schafft. Seit Beginn der Industrialisierung erleben die meisten Städte einen enormen Anstieg der Bevölkerung sowie sich rasch wandelnde Formen des Arbeitens und des Wohnens, der Geselligkeit und damit verbundener Veränderungen der Stadtgestalt. Für die Integration wurde die Qualität des sich vom Arbeitsleben separierenden Wohnens zunehmend wichtiger und damit auch die Integrationsfähigkeit neu strukturierter Nachbarschaften. Das komplizierte Geflecht an Hilfen und Institutionen bei Armut und Krankheit in der alten Stadtgesellschaft wurde zu einem großen Teil durch neue Formen der staatlich garantierten sozialen Sicherheit ersetzt.

Die Integration in die Stadtgesellschaft beruht nicht zuletzt auf einem bestimmten Maß an *Identität* mit der Stadt. Dieser vielschichtige Begriff meint im Kern **Identität mit der Stadt** Zustimmung – und sei es zu sich selbst. Bezogen auf die Stadt heißt es, dass die eigene Identität auch auf der Zustimmung zur Stadt, zum Viertel und zur Nachbarschaft, zu bestimmten Plätzen, Vereinen und zur Kultur und Geschichte der Stadt basiert. Bei den Alteingesessenen hat die Identität mit der Stadt familiäre und traditionale Wurzeln, die oft weit in die Stadtgeschichte, ihre religiösen und kulturellen Institutionen und Traditionen, zurückreichen. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht, wie durch die Bevölkerungsexplosion, die Landflucht und die Prozesse der Industrialisierung im 19. Jahrhundert die alteingesessene Bevölkerung in den Städten in die Minderheit geriet.

Deutsche Städte mit dem relativ stärksten Bevölkerungswachstum zwischen 1816 und 1910

Stadt	Bev. in Tsd. um 1816/1819	Bev. in Tsd. um 1850	Bev. in Tsd. 1870/71	Bev. in Tsd. 1910
Charlottenburg (heute Berlin-C.)	4	9	20	306
Hannover	15	28	88	302
Essen	5	9	52	295
Chemnitz	15	34	68	288
Duisburg	5	9	31	229
Dortmund	4	11	44	214
Kiel	7	16	32	212
Gelsenkirchen	1	3	8	170
Bochum	2	5	21	137
Mülheim a.d. Ruhr	5	11	14	113
Wiesbaden	5	14	35	109

Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage von: Jürgen Reulecke, Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt/M. 1985, S. 203f.

2. Die Integration der Fremden als Element der Stadtentwicklung

2.1 Stadtentwicklung und Zuwanderung: Die historische Perspektive

Nicht erst seit der Expansion zur industriellen Großstadt sind Städte über den Zuzug von Fremden mit gestaltet und in ihrer Bevölkerungsstruktur und Sozialschichtung ökonomisch und kulturell differenzierter geworden. Die Sequenzen von „Städtegründern und Städtefüllern“ – in der Terminologie des Ökonomen Werner Sombart (1863-1941) – sind ein Element der Stadtentwicklung von Anfang an.

Beschränken wir die historische Betrachtung auf die Neuzeit, so ist an die in Deutschland zahlreichen Stadterweiterungen und Stadtgründungen durch Exulanten zu erinnern. Hier ist die Integration von Fremden ein wesentliches Element der Stadtentwicklung bzw. des Wiederaufbaus zerstörter Städte. Der Begriff *Exulant*, „Verbannter“, wird vor allem für die im 17. und 18. Jahrhundert aus katholischen Ländern vertriebenen Protestanten gebraucht. Diese Religionsflüchtlinge wurden in vielen Ländern und Städten gerufen, um bei der Beseitigung der Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zu helfen und Gewerbe und Handel wieder zu beleben. Ein berühmtes Beispiel ist Mannheim. Die erst Anfang des 17. Jh.s von Kurfürst Friedrich IV. erbaute Stadt – ein Handels- und Gewerbezentrum – war wegen ihrer spezifischen, bis heute erhaltenen Anlage in ganz Europa bekannt und war während des Dreißigjährigen Krieges weitgehend zerstört worden. Grit Arnscheidt (2002), deren Beitrag die folgenden Angaben entnommen sind, nennt den Wiederaufbauplan des aus den Niederlanden stammenden Ingenieurs Jacob van Deyl „ein faszinierendes Dokument von europäischer Bedeutung“: *Inwendiger Plan der Statt Mannheim wie selbige anietzo gebaut und bewohnet wirdt, den 4. Aprilis Anno 1663*“.

Der Aufruf des Kurfürsten mit der Bitte um Zuzug in den Sprachen Deutsch, Französisch und Niederländisch wandte sich im sog. „Privilegienbrief“ aus dem Jahr 1652 an „alle ehrlichen Leute von allen Nationen“. Zugestanden wurden persönliche Freiheit – zumal Religionsfreiheit – und viele Vergünstigungen wie unentgeltliche Bauplätze und günstiges Baumaterial. Was besonders hervorzuheben ist und sich wie ein Vorgriff auf die Gewerbefreiheit seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liest, ist folgendes Privileg: „Kein Handwerksleut sollen zu Mannheim unter Zünfften stehen, sondern mag ein jeder alda arbeiten nach seinem belieben (...)“. Im Plan Jacob van Deyls sind die vielen Parzellen mit Namen und den Gewerben der künftigen Besitzer versehen. Dies deutet darauf hin, dass Niederländer, Franzosen (Hugenotten) und andere Fremde mit Badenern zusammen wohnten. Ihre Gewerbe waren allemal wichtiger als ihre Herkunft oder ihre Religion.

„Privilegienbrief“ aus dem Jahr 1652

Die Entwicklung der industriellen Großstadt 200 Jahre später stand hinsichtlich des Zuzugs von Fremden unter den Prämissen der Bevölkerungsexplosion und des in die neuen Fabrikzentren zuwandernden „Lumpenproletariats“ (Karl Marx). Neu – und viele Fremde

Entwicklung der industriellen Großstadt

definitiv zu „Ausländern“ machend – war auch die Ausbildung von National- und Sozialstaat und die Einführung des Staatsbürgerrechts. Dadurch wurden die Mauern für den Zuzug zunehmend höher. Gerade in Deutschland, dieser „verspäteten Nation“ (Helmuth Plessner), wurden seit dem frühen 19. Jahrhundert die Elemente einer einheitlichen deutschen Sprache, Kultur und Geschichte – oft bewusst die Geschichte fälschend – in einem Maße betont, dass daraus unter ideologisierten und totalisierenden politischen Prämissen im 20. Jahrhundert „Bausteine“ für den *National*-Sozialismus und die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs entstehen konnten.

Durch die Industrialisierung und die Bevölkerungsvermehrung wurden zwar die „Alteingesessenen“ zur Minderheit, doch trotz aller Veränderungen wurde der alte Bürgergeist erhalten. Hierzu trug – bis heute – nicht zuletzt die erneuerte städtische Autonomie bei, die als Teil der „Stein-Hardenbergischen Reformen“ zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt wurde, um den Bürgergeist zu aktivieren. In den neuen Arbeitervierteln entwickelte sich zwar eine spezifische, oft bis heute erhaltene Quartiersmentalität, doch das Bewusstsein, Kölner oder Berliner zu sein, wurde durchaus zu einem Element der Integration und der Identität.

Einen Sonderfall stellte das *Ruhrgebiet* dar, das durch den massenhaften Zuzug von polnischen Zuwanderern (Polen hatte damals keinen eigenen Staat) schon vor dem Ersten Weltkrieg zu seiner Größe von ca. fünf Mio. Einwohnern anwuchs. Zumal der im katholischen Westfalen bzw. im Münsterland gelegene Teil des Ruhrgebietes zeigte vor allem über die gemeinsamen religiösen Wurzeln eine erstaunliche Integrationskraft. Eine andere Basis waren die neuen sportlichen Betätigungen und die Mitgliedschaft im damals expandierenden Vereinswesen, wobei dem Fußball eine besondere, bis heute verbindende Bedeutung zukam (beispielhaft seien Schalke/Gelsenkirchen und Dortmund genannt).

In dieser Zeit, in der für die Mehrheit der Bevölkerung die Lebensbedingungen städtisch und großstädtisch wurden, wurden auch die ersten systematischen stadtsoziologischen Theorien entwickelt, um die Spezifika des Städtewachstums und die neuen Lebensbedingungen zu erforschen. Einige Ansätze über den Stellenwert des Fremden, des Hinzukommenden, seien hervorgehoben.

2.2 Der Fremde in der soziologischen Theorie

Die „Soziologie des Fremden“ hat seit Georg Simmels (1858-1918) wegweisendem „Exkurs über den Fremden“ (zuerst 1908) ein differenziertes begriffliches und analytisches Potenzial zur Verfügung gestellt, die unterschiedlichen Personen und Personengruppen, die als Fremde zu bezeichnen sind, näher in den Blick zu rücken (zu den einzelnen Sichtweisen und Theorien vgl. Heckmann 1991, Mintzel 1997). So erarbeitete Robert E. Park (1864-1944), der bei Simmel in Berlin studiert hatte und zu den Begründern der Sozialökologie zählt, vor dem Hintergrund des *melting pot* Chicago das Konzept des *marginal man*, der Randpersönlichkeit, die zwischen zwei Kulturen steht, aber im Hinblick auf die Lösung des Kultur-

konflikts im Wesentlichen auf sich selbst angewiesen ist. Der *marginal man* löst die Konflikte vor allem dadurch, dass er Nischen findet und bisher nicht genutzte Chancen für Innovation einsetzt. So findet er Akzeptanz und partielle Aufnahme.

Eine andere Sichtweise eröffnet Alfred Schütz (1899-1959), Mitbegründer einer phänomenologisch orientierten Soziologie. Schütz (1972) thematisierte weniger den Konflikt zwischen den Kulturen als ihre grundsätzliche Inkommensurabilität, ihre Unvereinbarkeit. Kulturen sind für Schütz geschlossene *Universa*; Übersetzungsregeln der in ihnen vorherrschenden Normen, Verhaltensmuster, Mentalitäten und anderer kulturspezifischer Muster können nur teilweise angegeben werden. Dies stürzt Immigranten oft in eine Orientierungskrise, vor allem dann, wenn sie selbst nicht genau wissen, was an Eigenem zu bewahren und an Fremdem zu übernehmen ist.

Zur Besonderheit des *Fremden* gehört, dass es sich um einen historisch wechselnden Personenkreis mit unterschiedlichem Aufenthaltsrecht und unterschiedlichen Absichten, dauerhaft zu bleiben, handelt: Juden und Hugenotten, Sinti und Roma, Gastarbeiter, Flüchtlinge und Vertriebene sind nur einige Beispiele. Mit dem Personenkreis verändern sich auch die Formen des Fremdseins und stellen sich in jeder Gemeinde anders dar: Entsprechend ihrer Größe und ihrer historischen Tradition im Umgang mit Fremden sowie dem jeweiligen Anteil an Fremden unterschiedlicher Herkunft und Religion variiert das Gelingen des Zusammenlebens und entsprechend sind die Möglichkeiten, über ein Arbeitsverhältnis oder ein Engagement in Kirchen, Vereinen und anderen Institutionen die Basisintegration zu leisten.

Der Begriff des Fremden wird heute oft zu inflationär, gar populistisch gebraucht, um noch auf die Spezifika der Integration verweisen zu können.

2.3 Assimilation und Akkulturation als Stufen der Integration

In der Soziologie und Integrationspolitik werden Probleme der Integration von Fremden mit den Begriffen *Assimilation* und *Akkulturation* verdeutlicht. Assimilation (lat. das „Ähnlichmachen“) bedeutet so viel wie Angleichung und wird von Akkulturation, der Übernahme von kulturellen Elementen einer bisher fremden Kultur dadurch unterschieden, dass im Zuge der Assimilation die eigenen, ursprünglichen Kultur- und Verhaltensmuster an Bedeutung verlieren und eine vollständige Integration in Kultur und Lebensweise des Aufnahmelandes stattfindet (vgl. Esser 2006).

Auch diese Begriffe sind nicht ausreichend, die höchst komplexen Phänomene der Auseinandersetzung der Ausländer/Fremden mit der deutschen Kultur und Zivilisation zur Sprache zu bringen. So wird davon ausgegangen, dass die erste, zuwandernde Generation „nur“ die Stufe der Akkulturation schaffe bzw. erreichen will, und die nächste Generation die vollständige Assimilation anstrebe. Dieses Verlaufsmuster der Integration zeigte in den letzten Jahren manche Brüche, in dem der Stellenwert von Ethnien und von Religion, zumal des Islams, zugenommen hat und über diese Variablen die Distanz zum Aufnahmeland bewusst aufrechterhalten wird. Für die sog. Inlandsausländer, die deutsche

Schulen und Hochschulen besuchen, stellt es oft ein gravierendes Problem dar, wenn das familiäre Umfeld ihnen nur die partielle Integration erlaubt.

Entsprechend der Vielfalt der Ethnien in Deutschland (vgl. den Überblick bei Schmalz-Jacobsen/Hansen 1997) sind damit auch unterschiedliche Formen und Intentionen, Grade und Erfolge von Akkulturation und Assimilation gegeben. Die Differenzierungen reichen bis in die einzelnen Familien und Gemeinden, die Schulen und Kindergärten, die Sportvereine, Jugendgruppen, Freizeiteinrichtungen wie Discos, aber auch bis an den Arbeitsplatz. Die Zeit der Arbeitsmigranten – der Fremden, die heute kommen, und morgen weiterziehen (in der Terminologie von Georg Simmel) – ist längst vorbei. Fragen der Assimilation und Akkulturation beschäftigen heute alle Institutionen; „Erfüllungsort“ ist die lokale Gemeinde, der tatsächliche Lebensort.

3. Aktuelle Problemfelder der Integration

3.1 Dimensionen von Multiethnizität und Multikulturalität

Die Ergebnisse des letzten Mikrozensus – der Ein-Prozent-Stichprobe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2005, die im Juni 2006 veröffentlicht wurden – sorgten im Hinblick auf die Entwicklung der Migration für Überraschung. Die Zahlen verdeutlichten, dass der Anteil der in Deutschland lebenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund höher ist als erwartet; er beträgt 19%. Neben den 7,2 Mio. (8,7%) Ausländern haben weitere 10% aller Deutschen einen „Migrationshintergrund“; das sind zusammen 15,3 Mio. Bürgerinnen und Bürger von insgesamt 82,2 Mio. Einwohnern. Hierbei handelt es sich u.a. um 1,8 Mio. Spätaussiedler und 3,5 Mio. Eingebürgerte (vgl. Stat. Bundesamt: „Leben in Deutschland: Ergebnisse des Mikrozensus 2005“, Kap. 8: Migration). Die Mehrzahl der Ausländer und der Personen mit Migrationshintergrund lebt aus überwiegend ökonomischen Gründen in Städten und Stadtregionen. Unter den Ausländern ist die größte Gruppe die der Türken mit 1,8 Mio., gefolgt von den Italienern mit 601 Tsd. Einwohnern (vgl. Stat. Jb. 2005: 48).

Ausländer sind in den Augen der Bevölkerung *Fremde*, aber nicht jeder Fremde muss Ausländer sein. Nicht nur in entlegenen Dörfern und Gemeinden ist auch der deutsche Zugezogene ein Fremder. Der Begriff Fremder sagt also wenig über die sehr komplexe Zusammensetzung dieser gesellschaftlichen Großgruppe und über ihren tatsächlichen Aufenthaltsstatus. Eine Annäherung an diese Komplexität gibt die nachfolgende Übersicht (s. S. 395).

Das Problem besteht oft darin, dass der Fremde auf Grund seines Aufenthaltsstatus – als Asylant, Kriegsflüchtling oder als Studierender aus bestimmten Ländern – kein oder nur ein sehr eingeschränktes Arbeitsverhältnis eingehen kann. Der Status des Fremden ist heute v.a. durch das Staatsbürgerrecht und alle weiteren, den Fremden betreffenden Gesetze und Aufenthaltsbestimmungen geregelt. Die Akzeptanz und Integrationsbereitschaft in den Wohnvierteln oder Arbeitsverhältnissen ist oftmals eine völlig andere.

Alle Thesen, die in der Anthropologie und Religionswissenschaft, der Soziologie oder Politologie, der Sozialpsychologie oder Psychologie (z.B. Fremdenhass als Projektion des Selbsthasses), aber auch in der Geschichtswissenschaft über die Rolle des Fremden und die Modi der Integration, der ein- oder ausschließenden Riten und Umgangsformen – beginnend im Kindergarten oder auf dem Schulhof – entwickelt wurden, sind nur Bruchstücke des breiten Spektrums, durch das sich gegenwärtig in Deutschland und anderen europäischen Nationen die Situation der Fremden darstellt. Dieser Prozess der differenzierten und komplexen Integration sowie der Veränderung von Integrationsmechanismen ist weiter fortgeschritten – das zeigen die auch empirisch gut aufbereiteten Studien aus vielen Städten (vgl. z.B. Meinschmidt 2003) –, als es das immer noch restriktive Staatsbürgerrecht mit seinen nationalstaatlichen Grenzziehungen wahrhaben will.

Multiethnizität und Multikulturalität in Deutschland

Dimension I Historische Multikulturalität	Dimension II Politische und soziale Multikulturalität	Dimension III Aktuell migrations- bedingte Multikulturalität	Dimension IV Sozialräumliche Verteilung der Multikulturalität
Autochthone Bevölkerung „Alteuropäisch“ -historische Minderheiten	Hegemonial-/Domini- nanzkulturen Regionale (Sub-) Kulturen Milieubezogene (Sub-)Kulturen Minderheiten- Kulturen	Arbeitsmigration Wirtschafts- migration Flucht Vertreibung	Segregation/ Segmentation
1) Regionale Min- derheiten Sorben 2) Nationale Minder- heiten Dänen	1) Regionale (Sub-) Kulturen – Bayern – Hansestädte – Metropolitane Sub- kulturen (Berlin, München) 2) Milieubezogene (Sub-)Kulturen – bürgerliche Kultur – Arbeiterkultur – Sozialmilieus (ka- tholisches; konser- vativ-protestan- tisches; städtisch- bürgerliches etc) 3) Minderheiten- kulturen – Soziale Minderhei- ten „Randgruppen“ – Historische Min- derheiten (Dimension I) – Einwanderer-Min- derheiten (Dimension III)	1) Europäischstäm- mige Einwanderer- minoritäten – Italiener, Griechen, Spanier et al. 2) Außereuropäische Einwanderer- minoritäten v.a. Türken 3) Andere Katego- rien Flüchtlinge, Vertriebene, politisch Verfolgte etc.	1) Territorial segre- gierte/teilweise segregierte Einwanderer- minoritäten – Städtische Kolo- nien – Einwandererviertel 2) Anziehungskraft städtischer und wirtschaftlicher Zentren – Konzentration in Großstädten/städ- tischen Großagglom- erationen/Mega- lopolen 3) Großräumige Ver- teilung – Periphere Situation Nord-Süd-Vertei- lung (z.B. der kon- fessionell ausge- prägten Kulturen)

Quelle: Nach *Alf Mintzel* 1997; hier stark gekürzt und ausschließlich auf Deutschland bezogen.

3.2 Parallelgesellschaften: Verschärfung oder Lösung des Problems?

Die Tradition verschlingt die Moderne.
Necla Kelek

Der einführende Satz aus dem Werk der Soziologin und Schriftstellerin Necla Kelek, „Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland“, bezieht sich auf die Veränderungen, welche die Autorin seit den 1960er Jahren in Istanbul wahrgenommen hat, einer Stadt mit damals ca. 1,5 Mio. und gegenwärtig ca. 15-18 Mio. Einwohnern. Jenes Istanbul, das zusammen mit der neuen Hauptstadt Ankara die Basis war für die vollständige Trennung von Kirche und Staat, wie sie von Staatsgründer Kemal Atatürk (1881-1938) nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches durchgesetzt worden war, gibt es nicht mehr. Die muslimisch geprägten Traditionen der ländlichen Regionen, aus denen die Zugewanderten stammen, verschlingen die Moderne in ihren öffentlichen und privaten Erscheinungsformen auch in den großen Städten.

Wie schnell sich die Verhältnisse auch in deutschen Städten geändert haben, wird aus einem Zitat von Necla Kelek deutlich (DIE ZEIT, 09.02.2006, S. 48): „Als ich 1995 in Berlin versuchte, Kopftuch tragende junge Türcinnen zu interviewen, musste ich selbst in Kreuzberg lange suchen, um überhaupt die eine oder andere ausfindig zu machen. Gehen Sie heute zum Cottbusser Tor in Kreuzberg: Sie werden eher Probleme haben, muslimische Frauen ohne Kopftuch zu finden“. Das Kopftuch scheint durchaus ein Indikator dafür, dass sich für immer mehr jüngere Frauen und inzwischen auch Mädchen (was es nie gegeben hat in der islamischen Tradition) die Stadträume und öffentlichen Plätze schließen und in ihren kulturellen und „städtischen“ Funktionen nicht mehr wahrgenommen werden dürfen.

Im Jahr 2005 lebten in Deutschland – das noch im Jahr 1955, also vor dem Zuzug von „Gastarbeitern“, mit einem Ausländeranteil von weniger als 1% ethnisch weitgehend homogen war – allein 1,8 Mio. Menschen türkischer Abstammung (vgl. auch Sechster Familienbericht 2000: 33, Abb. III.3).

Da die Mehrzahl der türkischen Einwanderer in Deutschland aus Istanbul bzw. über Istanbul kommt – wie die Familie von Necla Kelek –, wird das Problem des Aufsaugens oder auch des Rückgängig-Machens der Moderne nun verstärkt nach Deutschland transferiert. Am deutlichsten zeigen sich diese Phänomene in den Großstädten und ihren Ballungsräumen. Sie erleben nun das, was nach den englischen Religionskriegen und den europäischen Revolutionen mit der Durchsetzung von allgemeinen Freiheits- und Menschenrechten in den Verfassungen überwunden sein sollte: religiös und ethnisch fundierte Segregationen und nun bewusst angestrebte Gettobildungen.

Inzwischen gibt es eine größere Zahl an empirischen Untersuchungen zur Integration vor allem der türkischen Migranten in Deutschland (vgl. Halm/Sauer in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1-2/2006). Sie sind nicht nur zahlenmäßig mit Abstand die größte Gruppe, sondern auch wegen ihres religiösen Hintergrunds und der Form ihrer Integration primär über Familien- und Verwandtschaftsstrukturen eine soziale und kulturelle Minderheit, die sich nur teilweise in die deutsche Kultur und Gesellschaft einfügt. Bei dieser Minderheit, so kann vermutet werden, zeigen sich am ehesten Tendenzen zur Entwicklung von *Parallelgesellschaften* (der Ausdruck *Parallelgesellschaft* wurde erstmalig

von Wilhelm Heitmeyer 1996 in einer Untersuchung zum islamischen Fundamentalismus Jugendlicher verwandt; Halm/Sauer 2006: 18).

Dementsprechend ist der Begriff der *Segregation* in einer Panel-Untersuchung von Dirk Halm und Martina Sauer der Jahre 1999-2004, bei der in Nordrhein-Westfalen jährlich 1000 Personen befragt wurden, einer der Leitbegriffe. Dieser aus der Sozialökologie stammende Terminus meint in seinem Kern, dass die Bevölkerung klassen- und schichtspezifisch über das Stadtgebiet verteilt ist. Hinsichtlich dieser *siedlungsgeographischen Segregation*, die neben einer *lebensweltlichen* und einer *zivilgesellschaftlichen Segregation* unterschieden wird, lebten 58% der Befragten in überwiegend deutsch geprägten Gegenden; 15% lebten in gleichmäßig gemischten Vierteln und 21% in überwiegend von Türken bewohnten Stadtteilen (Halm/Sauer 2006: 22). Die Autoren kommen im Hinblick auf die Entwicklung einer türkischen Parallelgesellschaft zum Ergebnis, dass hiervon nicht gesprochen werden könne. Das einzige Merkmal, das im Verlauf der fünfjährigen Untersuchung in diese Richtung weise, sei die zunehmende Religiosität (die türkischen Migrantinnen und Migranten gehören zu 95% dem muslimischen Glauben an, unter ihnen 90% Sunniten).

Aber gerade dieses Phänomen der rasch voranschreitenden Islamisierung eines Teils der türkischen Bevölkerung in Deutschland – häufig verknüpft mit geringeren ökonomischen Ressourcen – erhöht die *Segregation* in Islamisierung ihren negativen Effekten und führt zum nachlassenden Integrationswillen in die Stadtgesellschaft als Basis der Akkulturation und der Assimilation. Unter diesen neuen Voraussetzungen schwinden auch die individuellen Wahlmöglichkeiten, denn die Tradition – als Sammelbegriff für religiös fundierte Verhaltensvorschriften – verschlingt auch hier die Moderne mit einem ihrer wichtigsten Elemente.

Doch auch im Falle einer weit reichenden Integration der Ausländer – zumal jener muslimischen Glaubens – bleibt die eigene ethnische und religiöse Identität der Zugewanderten „als potentiell handlungsrelevante Orientierungsbasis erhalten“ (Robertson-Wensauer 2000:35). Aus der in den 1980er Jahren erhofften *Multikulturalität* wird im besten Fall *Interkulturalität*; im ungünstigsten Fall entstehen Parallelgesellschaften, oder wie sich in England und Frankreich in einzelnen Stadtteilen bereits abzeichnet, Gegengesellschaften.

Die sich entwickelnde *Single-Gesellschaft* (Hradil 1995) schafft zusätzliche Probleme für die Integration – oder auch nicht. Wenn, wie in deutschen Großstädten gegeben, ca. die Hälfte der Haushalte Ein-Personen-Haushalte sind – unter ihnen ein großer Anteil Haushalte älterer Menschen –, dann ergibt sich gerade aus der Singularität der Wohnweise ein gewisser Zwang, sich auf Angebote sozialer und kultureller Art der Stadtgesellschaft einzulassen. Auch hier liegt ein Grund, sich in die permanent ausweitenden *Milieus* (vgl. Hradil 2006) zu integrieren und sich an städtischen *Events* zu beteiligen, die häufig Menschen unterschiedlicher sozialer wie auch geographischer Herkunft zusammenführen.

Bei allen diesen Entwicklungen darf die Basis der Integration in die Stadtgesellschaft nicht übersehen werden: Politisch ist es der relativ autonome Stadtverband mit seiner komplexen Verwaltungsstruktur und den für prinzipiell alle Lebensbereiche zuständigen „Ämtern“; personal die immer schwieriger werdende Integration über Bildung/Ausbildung, Arbeit und Beruf. So wurde z.B. beim

gegenwärtig sehr umstrittenen „Hartz-IV-Gesetz“ nicht den politischen Vorstellungen gefolgt, den Gemeinden für die Durchführung dieser Gesetze die eindeutige Zuständigkeit zu geben, obwohl in deren Ämtern im Hinblick auf das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und die örtliche und regionale Wirtschaftsstruktur die größte Erfahrung liegt.

4. Die „Soziale Stadt“ als Integrationsmodus

Der Begriff *Soziale Stadt* ist die Kurzbezeichnung für eine gemeinsame Initiative von Bund, Ländern und Gemeinden, um an besonderen Brennpunkten in einzelnen Stadtquartieren negative Tendenzen und Gettoisierungen zu verhindern (die ausführliche Bezeichnung lautet: „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“). Die Initiative ist wirksam seit dem Jahr 1999 (vgl. Walther/Mensch 2004; Häußermann 2005; dort der Hinweis, dass es im Jahr 2003 300 Programme in 214 Städten und Gemeinden gab). Dieser programmatische Begriff entspricht den Notwendigkeiten der heutigen Stadt- und Gesellschaftspolitik.

Der Ausgangspunkt für das Programm „Soziale Stadt“ war, dass stadtteilbezogene Statistiken in der Mehrzahl der Städte auf eine deutliche Zunahme der *Segregation* in ihrer negativ zu nennenden Erscheinungsform hinwiesen, bis hin zu neuen, in Deutschland bisher eher unbekannten Formen der *Gettoisierung*. Das Ziel des Programms *Soziale Stadt* war und ist, durch eine Bewertung sozialer und ökonomischer Daten problematischer Zustände und absehbarer Entwicklungen eine spezifische Quartierspolitik zu initiieren. Diese soll nicht nur die üblichen städtebaulichen Investitionen in Wohnungsausstattung und Infrastruktur umfassen, sondern „insbesondere die Förderung von lokalen Initiativen im Bereich der Beschäftigung, der Kultur und Sozialarbeit, aber auch der Beteiligung und Aktivierung von Bewohnern“ (Häußermann 2005: 1031).

Letztlich geht es bei diesem Programm nicht nur darum, die jeweilige Quartiersbevölkerung besser in die Stadtgesellschaft zu integrieren, sondern einem Auseinanderdriften der Stadtteile vorzubeugen, im Extremfall also die amerikanischen, britischen und französischen Entwicklungen von sog. *No-Go-Quartieren* zu verhindern.

Die Situation hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschärft, da bisherige Mechanismen der Integration bzw. der Problemreduktion nicht mehr bzw. nur noch unzulänglich greifen: die Absicherungen von Problemsituationen in einem ausreichenden Maße über den Sozialstaat und die staatlichen Interventionen in die Wohnversorgung, beginnend beim sozialen Wohnungsbau, der städtebaulich und sozialpolitisch kaum noch eine Rolle spielt.

Das Programm *Soziale Stadt* wurde also zu einem Zeitpunkt begonnen, als die hohe und für immer breitere Bevölkerungskreise auch langfristige Arbeitslosigkeit den Grundmechanismus der Integration ins städtische System: ein relativ sicheres Arbeitsverhältnis, ins Wanken brachte.

Sehr aussagekräftig für das Thema *Soziale Stadt* sind die Daten und Interpretationen zum „Sozialstrukturatlas Berlin 2003“, der auf den Daten des Jahres 2002 beruht und mit den Daten aus dem Jahr 1998 und den anschließenden Entwicklungen in den 23 Berliner Bezirken (nach neuer Einteilung 12 Bezirke) verglichen werden kann (vgl. Meinschmidt et al. 2003). Als Schlüsselvariablen für die Sozialstrukturanalyse werden genannt: Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug, Lebenserwartung, vorzeitige Sterblichkeit, Einkommen, Bildungs- und Ausbildungssituation.

Einen besonderen Stellenwert hat die *Armutsquote*. Nach dem hier am häufigsten verwandten Maß gilt als arm, wer weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens bezieht. Das waren im Jahr 2002 in Berlin 15,6% der Bevölkerung (553 Tsd. von 3,39 Mio. Berlinern).

Als gravierend ist das Ergebnis zu werten, dass das *Armutsrisiko* mit zunehmender Kinderzahl zu steigen scheint: Über die Hälfte der Haushalte mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren hat ein Einkommen unterhalb der Armuts-grenze (vgl. hierzu auch den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2005). Da Kinder gemeinsam mit Jugendlichen die Gruppe der am häufigsten von Armut Betroffenen darstellen, wird auch von einer Infantisierung der Armut gesprochen (vgl. dazu Butterwegge 2002).

Die Unterschiede hinsichtlich der Armutsquote sind in den einzelnen Bezirken erheblich: Kreuzberg mit 28 und Wedding mit 27% – gegenüber Treptow, Steglitz und Köpenick mit weniger als 10 und Pankow mit weniger als 5% (Meinschmidt 2004: 106).

Die *Segregation* der Bevölkerung nach schichtspezifischen, aber auch ethnischen Indizes verstärkt sich durch Umzüge im Stadtgebiet – Prozesse, wie sie seit den ersten Analysen der *sozialökologischen Schule* bekannt sind. Wie rasch diese Prozesse ablaufen, zeigt für Berlin ein Blick in die *Umzugsstatistik* des „Sozialstrukturatlas Berlin 2003“: Von 1998 bis 2002 wechselte jeder Berliner/jede Berlinerin im statistischen Durchschnitt 1,2 Mal den Wohnsitz; dabei sind die Unterschiede von Deutschen (1 Mal) und Ausländern (2,2 Mal) erheblich.

Aus ihren Analysen ziehen Meinschmidt et al. (2003: 18) die Schlussfolgerung: „Um dem Prozess der sozialräumlichen Spaltung der Stadt frühzeitig entgegenzuwirken, muss bereits bei der Planung der sozialräumliche Aspekt mit berücksichtigt werden“ (vgl. auch die empirischen „Quartiersbeschreibungen“ und methodischen Ansätze zur Analyse der *Sozialen Stadt* in: Walther/Mensch 2004).

5. Schlussbemerkungen

Die hier nur in einigen Facetten geschilderte aktuelle Situation und Entwicklung in der sozialräumlichen Struktur und Integration in die Stadtgesellschaft wird in ihren problematischen Trends dadurch verstärkt, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht auf eine grundlegende Trendwende am Arbeitsmarkt hoffen lässt – und immer weniger darauf, dass die Einkommen aller Beschäftigten, also auch

der vielen Schein-Selbstständigen und der am Rande des absoluten Existenzminimums Beschäftigten – der „working poor“ –, einen Wert erreichen, der die Integration in die allgemein-gesellschaftlichen und die sozialen und kulturellen Basisinstitutionen der Stadt erlaubt. Hinzu kommt, dass Angehörige anderer Ethnien, Kulturen und Religionen den Traditionen der europäischen Aufklärung und Emanzipation, die seit Ende des 18. Jh.s zur Entwicklung des modernen Rechtsstaats und der Demokratie geführt haben, zunehmend fremd gegenüber stehen. Um diese in die Stadtgesellschaft, und hierüber auch in die nationale Gesellschaft, in den Staat und Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland, zu integrieren, bedarf es glaubwürdiger und gemeinsamer Anstrengungen.

Der Beitrag ist eine gekürzte und veränderte Fassung eines Kapitels aus dem im Herbst 2006 im Verlag VS/Wiesbaden erscheinenden Werk „Stadtsoziologie. Stadtentwicklung und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder“.

Literatur

- Arnscheidt, Grit, Das Mannheimer Experiment, in: DIE ZEIT, 31.1. 2002, S. 88
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, (Hrsg.), Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Sechster Familienbericht, Berlin 2000
- Butterwegge, Christoph, Kinderarmut und Generationengerechtigkeit : Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2., durchges. Aufl. Opladen 2003
- Esser, Hartmut, Art. „Akkulturation“, in: B. Schäfers/J. Kopp, (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, 9., vollst. überarb. Aufl. Wiesbaden 2006
- Halm, Dirk/Sauer, Martina, Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1-2/2006, S. 18-24
- Häußermann, Hartmut, Art. „Soziale Stadt“, in: Handwörterbuch der Raumordnung, hg. von der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, 4., neu bearb. Aufl., Hannover 2005, S. 1031-1036
- Heckmann, Friedrich, Ethnische Minderheiten. Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992
- Hradil, Stefan, Die „Single-Gesellschaft“, München 1995
- Ders., Art. „Milieu“, in: Kopp, Johannes/Bernhard Schäfers (Hrsg.), Grundbegriffe der Soziologie, 9., vollst. überarb. Aufl. Wiesbaden 2006
- Kelek, Necla, Die muslimische Frau in der Moderne, in: Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 1-2/2006, S. 25-31
- Meinlschmidt, Gerhard (Hrsg.), Sozialstrukturatlas Berlin 2003 – Ein Instrument der quantitativen, interregionalen und intertemporalen Sozialraumanalyse und -planung. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Berlin 2004
- Mintzel, Alf, Multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika. Konzepte, Streitfragen, Analysen, Befunde, Passau 1997
- Robertson-Wensauer, Caroline (Hrsg.), Multikulturalität – Interkulturalität? Probleme und Perspektiven der multikulturellen Gesellschaft, 2. überarb. und erw. Aufl. Baden-Baden 2000
- Schroer, Markus, Räume, Orte – Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums, Frankfurt/M. 2006 (stw 1761)
- Schütz, Alfred, Studien zur soziologischen Theorie (Gesammelte Aufsätze), o.O. 1972
- Walther, Uwe-Jens/Kirsten Mensch (Hrsg.), Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand, Darmstadt 2004 (Schader-Stiftung)